

schnitten geräumt wird. Die Schwierigkeit der Operation besteht darin, daß kein rollendes Material vorhanden ist und über 200 000 Tonnage ihren Abtransport mit der Eisenbahn erwarten.

#### Befriedigung von Adrianopel?

Angeblich haben die Griechen ihre Artillerie nach Karagatsch geschafft und bereiten die Befriedigung Adrianopels vor, da die Türken Christen niedermetzeln. Infolge dieser Drohung habe man sich bemüht, die Ankunft der französischen Kavallerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu beschleunigen.

### Treibereien gegen die Markführung.

Neue Maßnahmen bevorstehend.

Die bekanntgegebene Devisenverordnung hat der deutschen Mark vorläufig nicht viel nutzen können, der Dollarkurs wird noch immer so um die 3000 bewertet, und man kann fast von einer Enttäuschung reden. In Regierungskreisen ist das Unbefriedigende der bisherigen Maßnahmen nicht unbekannt geblieben, und man darf wohl die Ankündigung neuer weitgehender und scharfer Ergänzungen der Devisenverordnung als Antwort darauf ansehen. Ob die geplanten Maßnahmen nun auch wirklich so weit gehen werden, um den unhalbbaren Zuständen abzuhelfen, bleibt einstweilen fraglich.

Inzwischen ist man in den Spekulant- und anderen Kreisen Deutschlands, die ja zur Genüge ihr Interesse an der Tiefhaltung der Mark bekundeten, heftig am Werke, dem durch die Regierungsverordnung wenigstens einigermaßen gefördertem allgemeinen Wunsch entgegenzuarbeiten. In Berlin müssen die Behörden einer durch ein Börsenblatt verbreiteten Darstellung entgegenzutreten, in der behauptet wird, die Reichsbank habe ihre Mitwirkung bei der Verordnung verweigert. Diese Darstellung ist selbstverständlich völlig unzutreffend. Die Reichsbank hat gegen die Verordnung und ihre Durchführung weder Widerspruch geäußert, noch beabsichtigt sie es. Die Reichsbank hat sich im Gegenteil durchaus loyal in den Dienst der Sache gestellt und in vollem Einvernehmen mit ihr in der Verordnung und den bezugnehmenden Ausführungsbestimmungen zugewiesene Überwachungsaufgaben übernommen. Ob bei allen privaten Bankunternehmungen der gleiche gute Wille vorhanden ist, läßt sich nicht so zweifellos feststellen. Dagegen werden anscheinend von bestimmten Stellen aus Gerüchte verbreitet, die von einer Wiederaufhebung der Verordnung beabsichtigt wäre, und was ähnlicher Stimmungsbeeinflussungen mehr sind. Es handelt sich dabei um zu leicht erklärbarere Zwecke erfundene Fabeln. Im Gegenteil wird bei der Umwandlung der Verordnung des Reichspräsidenten in ein Gesetz von der Regierung beim Reichstag noch beantragt werden, eine Reihe von Bestimmungen einzufügen, die die Wirksamkeit der Vorschriften erhöhen. Für die Kontrolle der Devisen-Eigengeschäfte der Banken will man die Nachprüfung mit rückwirkender Kraft vornehmen.

#### Die werbende Anleihe.

Die vom Reichswirtschaftsministerium schon vor längerer Zeit vorgeschlagene Schaffung einer werbenden Anleihe zur Kapitalanlage für die inländischen Sparer hat jetzt, wie es heißt, auch die grundsätzliche Genehmigung des Kabinetts gefunden. Es verlautet, daß von der Reichsregierung jetzt das Finanzministerium mit der Ausarbeitung der einzelnen Bestimmungen über die Anleihe betraut ist, und daß die Vorlegung eines Gesetzentwurfs schon für die nächsten Tage zu erwarten steht.

#### Gegen Preisberechnung in fremden Werten.

Das Gesamtministerium des Reichspräsidenten hat einen an den Reichstag gerichteten Antrag an, in dem es heißt: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Preisberechnung in fremder Währung nur noch für den Teil einer Ware gefordert werden darf, der nachweislich importiert und in fremder Währung bezahlt ist. In allen Fällen, wo gegen diese Regel verstoßen wird, sollen die Abnehmer der Ware in die Lage versetzt werden, die Sache zwecks behördlicher Verfolgung zur Anzeige zu bringen.

### Erträge der Einkommensteuer.

Weit über den Voranschlag hinaus.

Die Schätzung des Ertrages der Reichseinkommensteuer für das Geschäftsjahr 1922/23 im Voranschlag belief sich auf 25 Milliarden Mark. Eingekommen sind vom 1. April bis 31. August, also in fünf Monaten, 33,5 Milliarden Mark, im Vorjahr in der gleichen Zeit 6 Milliarden Mark. Es ist zurzeit noch unmöglich, die Einkünfte für das ganze Jahr genau zu überschlagen, wahrscheinlich wird der Gesamtertrag sich auf 100 Milliarden hin bewegen.

Als Ursachen zu den weit über den Voranschlag hinausreichenden Summenvermehrungen sind die Geldentwertung und der mit den höheren Löhnen und Gehältern sich vermehrende 10prozentige Anstieg des Arbeitnehmeranschlusses, dann aber auch das bessere Funktionieren des Steuererhebungsapparates, der nunmehr auch die nicht dem Steuerabzug unterliegenden Steuerpflichtigen gründlicher und schneller erfährt als bisher.

### Das Gesetz über den Mieterschutz.

Wann darf der Vermieter kündigen?

Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschäftigt sich mit dem Mieterschutz-Gesetz. Die Regierungsvorlage will dem Hausbesitzer das Recht zur Kündigung nicht einräumen, sondern ihn auf den Klageweg unter Beibringung ganz schwerwiegender Gründe beschränken. Demnach müßte der Vermieter auf Lösung des Verhältnisses klagen; als Grund kann er nur anführen, daß der Mieter oder eine Person, die zu seinem Haushalt oder zu seinem Geschäftsbetriebe gehört, sich einer nichterträglichen Belästigung des Vermieters oder eines Hausbewohners schuldig macht. Die Kündigung kann auch erfolgen, wenn der Mietraum aber das gewöhnliche Maß hinaus abgenutzt wird, in unangemessener Weise benutzt wird oder wenn der Mieter einem Dritten den Gebrauch des Mietraumes überläßt, obwohl er zur Überlassung nicht befugt ist. Die Ausschlußbeschlüsse sind noch nicht Gesetz.

### Die neuen Reparationspläne.

Vorschläge von Brabburgh und Barthou. Der in seinen Grundzügen bereits bekannte Reparationsvorschlag Brabburghs enthält nach Pariser Blättermeldungen folgende drei Punkte:

1. Für die Dauer von fünf Jahren soll Deutschland seine Geldzahlungen einstellen und sie durch Schuldverschreibungen ersetzen, die den internationalen Gläubigerländern übermitteln werden sollen mit der Aufgabe, die auf Grund derselben verfügbaren Mittel zu disponieren.
2. Was die Sachlieferungen Deutschlands betrifft, so soll Deutschland ebenfalls Schuldverschreibungen ausstellen, die durch die Länder gegengezeichnet werden können, die Lieferungen in natura erhalten. Deutschland seinerseits soll diese Wechsel durch ausländische Banken disponieren, um die deutschen Lieferanten mit ausländischen Devisen zu entschädigen und die Inflation nicht zu erhöhen.
3. Zur Stabilisierung der Mark soll beschlossen werden, die Verwendung der Papiermark im Austausch wesentlich zu verringern und sie durch die Goldmark zu ersetzen.

Im Laufe dieser Woche will die französische Regierung noch einen vollkommenen Plan über die Kontrolle Deutschlands und die Wiederherstellung seiner Finanzen vorlegen.

### Die Not der Sozial- und Kleinrentner.

Eine öffentliche Sammlung.

Den Sozialrentnern, d. h. den Rentnerempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung, wird durch das sogenannte Notstandsmaßnahmengesetz vom 7. Dezember 1921 ein bestimmtes Mindestjahreseinkommen gesichert, dessen Höhe die Gemeinden bestimmen. Die Grenzen, bis zu denen die Gemeinden bei der Gewährung ihrer Unterstützung gehen können, sind entsprechend dem Ausmaß der Mark wiederholt erweitert worden. Eine neue Erhöhung der Unterstützungen wird Reichsrat und Reichstag in der nächsten Zeit vorgelegt werden. Neben den Mitteln für eine laufende Unterstützung für Sozialrentner hat das Reich den Ländern neuerdings den Betrag von 1 Milliarde Mark zur Verfügung gestellt.

Für die Kleinrentner sind für das Rechnungsjahr 1922, also für die Zeit vom 1. April 1922 bis zum 30. März 1923, 500 Millionen Mark an Reichsmitteln bereitgestellt worden. Diese Reichsmittel werden auf 1 Milliarde Mark erhöht. Die Länder und Gemeinden können sie verwenden zu Einzelunterstützungen der verschiedensten Art, sowie zur Unterstützung von Heimen und Anstalten, die den Kleinrentnern dienen.

Trotzdem ist die Hilfe der Behörden angesichts der ungeheuren Not weitaus größer der Bevölkerung doch nicht ausreichend. Eine allgemeine Sammlung, die in der nächsten Zeit eingeleitet werden wird, soll dem Gedanken Ausdruck geben, daß es eine Aufgabe der gesamten deutschen Volksgemeinschaft ist, ihren in Not befindlichen Brüdern in dieser schweren Zeit zu helfen.

### Verfehrt

Ist es, mit dem Sparen bei der Zellung zu beginnen, weil man dadurch großen Schaden erleiden kann. Als ein Beweis dient folgendes Geschichtchen: Eine Frau erzählte freudestrahlend, daß sie einem Bekannten in der Stadt fünf Zwanzigmarkstücke für zusammen 2000 Mark verkauft habe. Es sei doch gut, daß ihr verstorbenen Mann die Goldstücke während des Krieges nicht abgegeben habe. Jetzt habe sie 1900 Mark davon verdient. Das Geschäft, das die Frau aufsehe, als wir unsere Zeitung zeigten, in der zu lesen war, daß die Post für jedes Zwanzigmarkstück 5000 Mark zahle, kann sich jeder selbst ausmalen. Die Frau hat seit längerer Zeit keine Zeitung mehr gehalten, um zu sparen. Doch sie an der falschen Stelle geparkt hat, wird sie wohl jetzt einsehen. Darum bleibt treu den

Nachrichten für Raubholz.

### Das Urteil im Rathenau-Prozess.

§ Leipzig, 16. Oktober.

Unter großem Andrang des Publikums wurde das Urteil im Rathenau-Prozess verkündet; es lautet wie folgt: Ernst Werner Zechow wegen Beihilfe zum Mord 15 Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust; Hans Gerb Zechow wegen Beihilfe und Begünstigung 4 Jahre 1 Monat Gefängnis; Günther wegen Beihilfe in Tateinheit mit Begünstigung 8 Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust; Richard und v. Salomon wegen Beihilfe je 5 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust; Jissemann wegen unbedingten Waffenbesitzes zwei Monate Gefängnis (durch Unterdrückung des Urteils); Tilliesen wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung (Nichtanzeige) 3 Jahre Gefängnis; Plass wegen desselben Vergehens 2 Jahre Gefängnis; Schmitt und Dieckel wegen Begünstigung je zwei Monate Gefängnis (durch Unterdrückung des Urteils); Böh, Barneke und Steinbeck wurden freigesprochen.

### Aus der Begründung des Leipziger Urteils

§ Leipzig, 16. Oktober.

In der Begründung des im Rathenau-Prozess gefällten Urteils führte der Präsident des Staatsgerichtshofes etwa folgendes aus: Unser Volk ist durch die Tat aus schwerer Gefahr befreit worden. Nur der ungeborenen Erregung über die Tat der letzten Wortschüsse ist es zu verdanken, daß sie nach langer Verfolgung gestellt wurden. Hinter den Mörder und den Mordgehilfen erhebt sich als Hauptschuldiger der sonatliche Antikommunisten. Er war es, der den Mordgehilfen in unklaren und untreuen Rädern sah. Bei der Beurteilung der Handlung der Angeklagten ist sich der Staatsgerichtshof bewußt gewesen, daß nur bewiesene Tatsachen, nicht aber Vermutungen zugrundegelegt sind. Daher ist die Annahme abgelehnt worden, daß die Ermordung auf Grund eines Komplotts organisierter Mordverbände erfolgte. Vielmehr ist davon auszugehen, daß der Mordplan in den Köpfen Kerns und Fischer entstanden ist.

Zu den einzelnen Angeklagten übergehend, führte der Präsident aus, daß Ernst Werner Zechow unmittelbar bei der Ausführung des Mordplanes beteiligt gewesen sei. Keinen Glauben verdiene seine Angabe, daß er geglaubt habe, es handle sich nur um eine Probestat. In objektiver Hinsicht liege stärkere Mitwirkung bei der Tat selbst vor. Es handle sich ferner um das gemeine Verbrechen des Mordmordes. Das Verlangen der Verteilung, die bürgerlichen Ehrenrechte nicht abzuverleihen, sei vollkommen abwegig. Auch politische Bestimmung könne in der Auswirkung leig und erlos sein. Das treffe hier zu. Auch bei Hans Gerb Zechow liege Beihilfe zur Ermordung vor. Jeder, der zu dem Gesamtplan eine tatsächliche Hilfe leiste, sei der Beihilfe schuldig, wenn auch möglicherweise nachher die Tat in anderer Weise ausgeführt werde. Das Gericht habe seinen Zweifel, daß bei diesem Räderei, nur moralisch minderwertigen jungen Mann die Einsicht in die Strafbarkeit seiner Handlung vorgelegen habe. Bei Günther liege von Anfang an Beihilfe vor. Er sei allerdings Mordpartei, aber er sei für zurechnungsfähig erachtet worden. Er habe sich auch der Begünstigung schuldig gemacht, indem er per-

sprochen habe, den Handstoffer Kerns aus der Garage abzuholen. Bei v. Salomon sei ebenfalls Beihilfe zum Mord angenommen worden. Seine Angabe, daß es sich um eine Gelegenheitsbeihilfe gehandelt habe, sei nicht als glaubhaft erachtet worden. Bezüglich des Angeklagten Tilliesen sei angenommen worden, daß er sich bereit erklärt habe, als Fahrer des Mordautos zu dienen.

Tilliesen habe das Verbrechen begangen, das er sich bemüht habe, Kern den Plan auszurufen. Es sei aber seine Werbung für erwiesenermaßen erachtet worden: „Wenn Kern den Plan ausführen will, kann ich ihn nicht hindern.“ Er habe nichts getan, um das Verbrechen zu verhindern. Für Böh lag die Beihilfe ähnlich, es sei aber zu erweisen, daß das Beispiel Tilliesens für ihn maßgebend gewesen sei.

### Ein Nachwort.

Von besonderer Seite wird uns zu dem Ausgang des Prozesses geschrieben:

Das große Gerichtsdrama in Leipzig ist zu Ende, und das deutsche Volk kann nun langsam die erschütternden Eindrücke in sich verarbeiten, die ihm die Verhandlung gegen die 13 Rathenau-Angeklagten vor dem Staatsgerichtshof vermittelt.

Es ist ein Stück der deutschen Jugend, Fleisch von ihrem Fleisch, Bein von ihrem Bein, das dort auf der Anklagebank saß; und so gewiß die Zechow und Günther, die Barneke und Jissemann, die Salomon und Böh in ihren Gedanken- und Gesichtsdrückungen untereinander zum Teil abgrundtief verschieden sind, so gewiß werden sie auch von der Jugend, die lebendig als Zuschauer den Leipziger Verhandlungen folgte, mit mehr oder weniger großer Entschiedenheit als ein Spiegelbild ihrer selbst abgelehnt werden. Trotzallem aber kann die deutsche Volksgemeinschaft die Angeklagten von Leipzig nicht ganz von sich abstoßen, denn auch in ihrer Verirrung und Entgeißelung sind sie an den Fäden entlanggeglitten, die in diesem Deutschland des Hasses und des Unfriedens, der Parteien und der Selbstzerfleischung gesponnen worden sind. Diesmal überwiegend Jugend aus Kreisen, aus Familien, die durch den Umsturz aller Dinge vielleicht weniger noch in ihrer gesellschaftlichen als in ihrer geistlichen Existenz auf das tiefste getroffen sind. Familien, die es durch die Jahrzehnte, die Jahrhunderte gewohnt waren, sich dem Staate zur Verfügung zu stellen und in der Arbeit für ihn ihre eigentliche Lebensaufgabe sahen. Junge Leute, die trotz dieses Wandels der Verhältnisse unter festem Anker noch zu nützlichen Gliedern der nationalen Gemeinschaft zu erziehen gewesen wären. Aber der Sturm und Drang der Krieg- und Nachkriegszeit liehen keine feste Zügelhaltung aufkommen, weder im Staat noch in der Familie, weder in der Schule noch in der Gesellschaft. In dieser Zeit mußte wohl der Jugend, wie man so sagt, der Ramm schwellen, hier zum Guten, dort zum Bösen.

Wir wissen alle aus leidigen Erfahrungen des täglichen Lebens, wie verheerend diese Zeit in der deutschen Jugend gewirkt hat. Wenn in Leipzig ein unreifer Primanerjüngling sich hingestellt und an dem Rathenau-Vertrag eines Walter Rathenau selbstlichere Kritik geübt hat — unter Berufung auf das Testament Friedrichs des Großen — so wissen wir nicht einmal, ob die ungeheure Väterlichkeit dieses Unterfangens der Öffentlichkeit von heute in allen ihren Teilen gebührend zum Bewußtsein gekommen ist. Denn alle Tage kann man gleichwertige Vorgänge so ziemlich in allen Parteilagern, links wie rechts, beobachten, ohne daß sie immer lebendig auf eine theoretische Bedeutung beschränkt bleiben. Mit auf diese beschränkte Beobachtung ist ja ohne Zweifel die belagerte Taschensache zurückzuführen, daß das Alter sich mehr und mehr aus der öffentlichen politischen Wirksamkeit zurückzieht. Es fühlt sich, sehr begrifflichweise, nicht wohl im unklaren Wettbewerb mit einer Jugend, die sich, kaum der Schule entwachsen, schon zu Lehrmeister des Volkes berufen glaubt. Und leider muß man auch im privaten Geschäfts- und Erwerbsleben immer wieder feststellen, daß es nicht gerade die vernünftigen, die ruhigen und die verantwortungsbewußten Schichten der Bevölkerung sind, denen in den wechselvollen Kämpfen des Alltags das große Wort überlassen wird. So steigen Vertreibung und Unlegen, Verführung und Verfehlung immer höher in der Mitte unseres Volkes empor, bis sogar Verbrechen möglich werden, wie sie früher auf deutschem Boden von deutlicher Hand niemals möglich gewesen wären. Man soll sich, da diesmal überwiegend nach einer bestimmten Richtung geartete Elemente vor dem Richter standen, nicht allzu sehr in die Brust werfen. Wenn unsere Strafjustiz heute genügend Köpfe und Arme frei hätte, um jedes Verbrechen mit politischem Beigeschmack so energisch zu verfolgen, wie es hier geschehen ist, nach allen Seiten wäre Arbeit genug.

Aber Spittierlichkeit zu treiben, ist jetzt so ziemlich die schlechteste Zeit. Schlage jeder Volksgenosse, schlage auch jede Partei sich an die eigene Brust und sehe zu, statt die Kraft in Anklage- und Verfolgung zu verschwenden, wie es wieder besser werden soll in unserem armen Vaterlande. Es muß vollends zugrunde gehen, wenn nicht alle seine guten Elemente, ob links oder rechts, ob arm oder reich, sich zusammenschließen zu gemeinsamer Arbeit, insbesondere an der verwaisten und leiser nur zu sehr auch verwahrlosten Jugend.

### Straßendämpfe in Berlin.

Ein kommunistischer Überfall und seine Folgen. a. Berlin, 16. Oktober.

Der „Bund für Freiheit und Ordnung“ hatte für gestern vormittag seine Mitglieder, die sich hauptsächlich aus Mitgliedern der Reichsparteien rekrutieren, aber zum Teil auch anderen bürgerlichen Parteien angehören, nach dem Zirkus Busch zu einer Versammlung eingeladen, in der bekannte Redner über Deutschlands Not sprechen sollten. Die Note Fahnne hatte schon einen Tag vorher einen Beschluß der kommunistischen Funktionäre, die Versammlung gewaltsam zu stören, veröffentlicht. Das hatte zur Folge, daß schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung sich mehrere hundert Personen vor dem Zirkus ansammelten und die Versammlungsteilnehmer durch Redensarten belästigten und auch tätlich angriffen. Als die Schutzpolizei einem Verletzten zu Hilfe eilte, wurde ein Beamter am Hinterkopf schwer verletzt, so daß er bestunntungslos niederfiel. Eine Radfahrerpatrouille der Schutzpolizei, die zufällig vorüberfuhr, wurde von den Rädern gerissen und niedergeschlagen.

Die Räder wurden gestohlen. Als weitere Verstärkungen der Schutzpolizei heranzögen, war die Menge bereits bis auf mehr als 1000 Personen angewachsen. Den Beamten wurde bei der Räumung des Platzes vor dem Zirkus von den Demonstranten beständig Widerstand entgegengeleitet. Keun der Rädereiführer wurden hierbei festgenommen. Einem weiteren Aufgebot von Be-

amien gefas  
Beitrag  
hier und an  
Lin den, f  
zu Zusammen  
übergabe der  
eigenen Fah  
Stützgebäude  
Die Fah  
Personen als  
sollen nach p  
worden sein.  
Wochsich er  
legen. Wo  
einer in Le  
nisten wurde  
ringe und an  
ber wurden e  
In einer  
Darstellung  
geben, nach  
suchen sei.  
sammlung v  
von jungen J  
und mehrsch  
erfahre für  
Rufe die Lu  
Wieder mit  
Bund für F  
Zweck haben,  
in der Form  
liche aber St  
sammelt, wo  
nicht oder zu  
Es wird  
das Maß der  
selbstlichen  
mäßigen der  
falls auf das  
Lohnung für  
worden.

Schillch  
Sonnenaufg  
Sonnenunter  
1777 N  
del Leipzig.  
nung des U  
O Wertbri  
der Wertbri  
Die Wertung  
daß die Ein  
überreichlich  
Rubeln jeder  
ungarischen,  
nach Rumän  
zugelassen.

— Nau  
Himmel, als  
ldroreil, Au  
zur Einholun  
längst vergan  
die Stadtkap  
Reich und Gie  
Uniform. De  
des allen Mi  
leiselt halte  
hältnis der  
Einholung der  
der Stadt, un  
Wfen. Der Ab  
angehörigen  
festball. Der  
Kleinonen ha  
Arelle und e  
allen Kamerad  
den Teil eröff  
Gedbr gedrach  
schleibend vom  
Freiübungen, K

We  
30)  
Hier ware  
affen fortzu  
Horch, wa  
der Erde!...  
„Nicht! Die  
Erschrocken  
geäuerten u  
„Was qu  
strenge? Da  
Liedling!“  
Sie schütt  
„Gewiß, n  
Ja bin Holz  
Dich spreche  
„Nein, ne  
nach Hause!  
„Unfinn, I  
Rimm einen  
Personen für  
nicht fehlen.  
Stelle hö  
ins Beere g  
vor sich hin  
„Das Spil  
Dinfried  
Frau und z  
die zarte G  
Hähne, an  
Hühnerm